

schen anlange, so gelte für das Judentum sinngemäß abgewandelt der Ausspruch des heiligen Ludwig: „Nach kanonischem Recht haben Anspruch auf Wohltat nur Christen; es liegt aber im Sinne des Christentums, auch Juden behilflich zu sein“, — sie als „getrennte Brüder“ zu behandeln.

Der liberale Rabbiner *Dr. I. Maybaum*, London, stellte eine Antwort auf die Frage: „Was ist der Mensch?“ unter das Leitwort: „Der Jude ist Jude, wenn er Mensch ist“, d. h. aus der Gabe und für die Aufgabe der Gottebenbildlichkeit lebt als „Priester, Gesetzgeber und Prophet“; er sei verkörpert in dem friedlichen, aber von prophetischer Selbstkritik (Os. 12) auch in seinen Schattenseiten gekennzeichneten Jakob, während der Jäger und Krieger Esau die Menge der andern Völker vertrete, deren Mythos durch das Christentum eine für den Juden respektable, wenn auch nicht akzeptable Vergeistigung erfahren habe. Sie hätten — dessen sei sich ein Solowjew voll bewußt gewesen — „etwas, was die Christen nicht haben: die messianische Unbedingtheit, den Willen, alles zu sehen unter dem Blickpunkt des kommenden Gotteskönigtums“.

Die messianische Hoffnung

Wie eine Antwort hierauf von christlicher Seite wirkte in des Tagungsleiters, Prof. Dr. K. H. Rengstorf, Münster, Vortrag: „Der Mensch unter der Gottesherrschaft“, die abschließende kraftvolle Herausarbeitung der jüdischen und christlichen Erwartung des nun eben doch erst zukünftigen Offenbarwerdens der messianischen Erlösung im Schauen und nicht mehr nur für den Glauben (Röm. 8, 19. 24f). Ein Christentum, das bloß eine — ach, wie fragwürdige! — Humanisierung des Kriegers oder Spiritualisierung des heidnischen Mythos geleistet hätte, aber hinter der vollen messianischen Erwartung Israels zurückbliebe, wäre Selbstbetrug. Diese Erwartung haben wir als im echten Judentum vorhanden anzuerkennen (Als Hermann Cohen gegenüber das Kommen des Heils in frühestens 100 Jahren von jemand befristet wurde, erwiderte jener fast flehend: „Sagen Sie 50!“) Auch die Versuchung zu einem „kollektiven Automessianismus“ der Juden, ihrer Selbstauffassung als eines Messiasvolkes, darf uns in der Respektierung ihrer Maßstabwahl für alle irdischen Dinge am offenbaren Gottesgebot nicht irremachen. Seit dem Sinai kann eben der Mensch, zunächst einmal der jüdische Mensch, wirklich wissen, was Gott kraft seines Königsrechts vom Menschen verlangt: Die wahre Gottähnlichkeit (Matth. 5, 48 gleich Lev.

19, 2). Daß wir sie nur als *Jesus*-Ähnlichkeit, in seiner Nachfolge, dank seinem Sterben und Auferstehen, erreichen, ist der unterscheidend christliche Glaube.

Gesetz und Glaube

Die ungeheure Bedeutung des rechtverstandenen Gesetzes auch innerhalb dieses Glaubens ging aus dem Vortrag des holländischen reformierten Theologen Prof. Dr. H. van Oyen, Basel, hervor. „Der Mensch und die Menschen“ sind bestimmt „miteinander, füreinander“ dazusein; aber wir haben es glücklich fertiggebracht, daß einer dem andern der Tod ist, wie Sartre sagt, und unser Zusammenleben die Hölle. Erst die Vergebung der Sünde und das Vorhandensein der in Gesetzesform verbürgten Ordnungen (Ehe, Berufsleben usw.), innerhalb deren wir füreinander existieren können, ermöglicht uns — trotz immer neuem Straucheln, dessen Vergebung wir erbitten dürfen —, als Menschen unter Menschen zu leben; alle gesetzliche Ordnung zugunsten jeweils situationsgeborener Begegnung mit Gott im Du beseitigen zu wollen (wie Buber) ist ein letzten Endes ebenso unchristliches wie unjüdisches Schwärmerium.

Daß in Wirklichkeit wie der Gesetzesbegriff so auch das Menschenbild im Judentum und im Christentum auf gemeinsamer Grundlage nur verschiedene Akzente setzen, das wurde besonders deutlich in den Ausführungen von Prof. Dr. E. Reisner, Berlin, welcher treffend betonte, die Geschöpflichkeit (Gen. 1, 26) werde von den Juden, die Gefallenheit des Menschen (Gen. 8, 21) werde von den Christen einseitig betont. Dabei habe nun aber nicht jede Konfession gleich recht; eher habe jede unrecht gerade dann, wenn sie nicht auf das Anliegen auch der andern höre, wenn sie in jeder Hinsicht recht zu haben verneine.

Hierzu betonte in der an Reisners Vortrag anschließenden Aussprache — mit seinem Einverständnis — der Berichterstatter, daß dieses relative Unrecht haben für jede Gruppe anders gelagert gedacht werden muß. Der katholische Christ etwa wird stets daran festhalten müssen, daß die Lehre der römischen Kirche „recht hat“; aber er wird sich gegenüber den Anliegen der Außenstehenden trotzdem bewußt sein, daß es vielfach an dem fehlt, was in Ansbach Prof. Dr. J. Michl, Freising, als „gelebtes Dogma“ bezeichnete, an der für den Nächsten, gerade auch für den „getrennten Bruder“, bedingungslos aufgeschlossenen Haltung, die sich hier und heute vor allem an der zum Juden zu bewähren hat. K. Th. (In: „Der christliche Sonntag“ IV [Freiburg, 10. 3. 52]. 13. S. 104).

6. Echo und Aussprache

6a) Zuschriften zur Sonderausgabe „Friede mit Israel“

Da die Sonderausgabe 12/15 ein bestimmtes Bekenntnis darstellte, möchten wir das besonders reichhaltige — und vielfach von Spenden begleitete — Echo darauf, breiter als sonst, wiedergeben:

Der Apostolische Nuntius in Deutschland Exzellenz *Erzbischof Muench* bestätigt die Sondernummer, sendet eine Spende „und hat die Schrift mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.“

Aus Köln vom 18. Januar 1952 schreibt der Sekretär des *Erzbischofs*: „Seine Eminenz, der H. H. Kardinal, hat mich beauftragt, Ihnen aufrichtig zu danken für die Übersendung der Sondernummer „Friede mit Israel“, die er mit großem Interesse zur Kenntnis genommen hat. Möge Ihre Arbeit ganz im Geiste der christlichen Liebe stehen und in Wahrheit den Namen eines Werkes der Verständigung und des Friedens als Wegbereiterin des Glaubens an Christus verdienen...“

Das *Bischöfliche Sekretariat Limburg/Lahn*, schreibt uns vom 25. Januar 1952:

„... Im Auftrage des Hochwürdigsten Herrn habe ich die Ehre, Ihnen für die Übersendung Ihres Heftes sehr freundlich zu danken.“

Wir wollen hoffen, daß die Anliegen dieses Heftes in größeren Kreisen begriffen und in die Tat umgesetzt werden...“

Der *Erzbischof von Osnabrück Exzellenz Wilhelm Berning* schreibt vom 3. März 1952:

„Für den Rundbrief „Friede mit Israel“ spreche ich meinen herzlichen Dank aus. Zur Durchführung der Druckaufträge sende ich eine Beihilfe...“

Der *Bischof von Würzburg Exzellenz Dr. Julius Döpfner* schreibt vom 21. Januar 1952:

„Für die Übersendung des Rundbriefes zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und Neuen Gottesvolk

danke ich ergebenst. Bei den vielen Problemen und Aufgaben, die einen Bischof bedrängen, empfinde ich es als eine wertvolle Anregung, auf diese wichtige Frage mit soviel Informations- und Deutungsbeiträgen hingewiesen zu werden. Ich wünsche Ihrer Arbeit gesegnete Weiterentwicklung. Mit gleicher Post werden zur Deckung der Unkosten überwiesen.

(gez.) + Julius, Bischof von Würzburg"

Pfarrer Paul Vogt, der in der Verfolgungszeit *Flüchtlingspfarrer der Evangelisch-Reformierten Kirche in der Schweiz* war, schreibt uns aus Grabs vom 22. 1. 1952:

„Empfangen Sie sehr herzlichen Dank für den prachtvollen Rundbrief vom Dezember 1951, der mir dieser Tage zugekommen ist. Ich schätze dieses Heft sehr und bin froh, es zu besitzen. Es weht darin ein guter christlicher Geist, was ich als evangelischer Pfarrer mit Freuden konstatiere.

Herzliche Grüße!

(gez.) Pfr. Paul Vogt."

Rabbiner Dr. Robert R. Geis (vgl. Nr. 12/15 S. 5 ff.) schreibt vom 16. 1. 1952:

„... Die Rundbriefe kommen manchmal zu mir, manchmal bleiben sie aus: alle aber, die ich lesen durfte, gingen mich an ... und das sehr wörtlich genommen. Was diese Rundbriefe von manch wohlmeinender Äußerung zum Problem der christlich-jüdischen Verständigung unterscheiden und was ich als besonders positiv empfinde: hier wird der Boden katholischen Denkens nicht verlassen. Es besteht darum auch nicht die Gefahr der Verwässerung oder Verwischung. Nur bei der Aufrechterhaltung der jeweiligen glaubensmäßigen Wirklichkeiten gibt es die Chance eines echten Verstehens...."

Der Direktor der Westeuropäischen Abteilung des Auswärtigen Amtes von Israel, Gershon Avner, schreibt vom 14. 1. 1952 aus Tel Aviv:

„... Ich danke Ihnen vielmals für die Übersendung der zwei Exemplare der Sondernummer des Rundbriefs, der die Beziehungen mit Israel behandelt. Ich finde ihn hochinteressant und er bietet äußerst umfangreiches Material. Man muß Ihnen aufrichtig gratulieren zu den Bemühungen, die Sie ohne Zweifel für seine Herstellung verwandten. Ich lese ihn gründlich und mit großem Interesse und finde, daß er sowohl von hohem Niveau wie auch sehr tiefgründig ist.

Ich hoffe, daß er recht weit verteilt werden möge, damit er auf Geist und Herz von möglichst Vielen einwirken kann. Ich lasse meine Exemplare unter meinen Kollegen hier zirkulieren...."

Oberrabbiner Dr. Leo Baeck schreibt aus London vom 15. 4. 1952:

„... Die Sondernummer — Friede mit Israel — habe ich erhalten und mit großer Dankbarkeit gelesen. Mit lebhaftem Interesse sehe ich dem neuen Heft entgegen. Wir alle müssen von Herzen für die Treue dankbar sein, die Sie dieser großen Aufgabe widmen."

Das weitere Echo aus christlichen und jüdischen Kreisen, auch Israels und Amerikas, beabsichtigen wir in der nächsten Nummer zu resumieren.

6b) Wer spricht das befreiende Wort — hier und heute?

Aus Briefen

von Ludwig Yehuda Oppenheimer, Rehovot/Israel, und Karl Thieme

Aus dem Vorstand der 1951 neu gegründeten deutschen „Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik“ heraus war Herr Dr. Ludwig Yehuda Oppenheimer, früher Berlin, jetzt Rehovot (Israel), von einem seiner alten Freunde geschrieben worden, „daß Du mit gutem Gewissen der israelischen Vereinigung sagen kannst, daß irgendwelche Befürchtungen unserer Vereinigung gegenüber grundlos sind...“ Seine Antwort hat Herr Dr. Oppenheimer u. a. an Prof. Dr. Franz Böhm, Senatsdirektor Erich Lüth und Prof. Dr. Karl Thieme gesandt und um Stellungnahme dazu gebeten. Die des Letztgenannten möchten wir in ihrem prinzipiellen Teil — im Anschluß an den von Dr. Oppenheimers Brief mit seinem Einverständnis — unsern Lesern vorlegen, weil wir meinen, daß es den „Frieden mit Israel“ nur fördern kann, wenn sich — wie hier — zeigt, daß seitens der Gewissenhaften drüben nicht mehr

von Deutschland gewünscht und erwartet wird, als unser eigenes Gewissen uns längst gebietet.

Dr. Oppenheimer schreibt:

Rehovot/Israel, den 7. 3. 1952.

.... Leider bin ich nicht in der Lage, Dein optimistisches Urteil über die Situation in Deutschland zu teilen. Du schreibst, daß „die antihumanen und antisemitischen Kräfte in Deutschland zwar noch nicht völlig überwunden“ seien, daß aber die guten Kräfte in Deutschland mit Erfolg bemüht seien, das Bewußtsein der von den Nazis verübten Verbrechen wachzuhalten „und im deutschen Volk die Überwindung der nazistischen Vergangenheit einzuleiten“.

Das alles könnte richtig sein, wenn die gegenwärtigen Pläne einer deutschen Aufrüstung nicht alle guten Ansätze zu zerstören drohten. Heute werden die politischen Entscheidungen der atlantischen Staaten in erster Linie durch ihr militärisches Interesse an der Kooperation der kriegstüchtigsten und kriegswilligsten Deutschen bestimmt. Man glaubt sich von einem „German right-wing nationalism short of ‚Junker‘ manners and criminal actions“ ein Maximum an militärischer Effizienz versprechen zu können. Und darum ist man bereit, für das appeasement der entsprechenden Mentalität einen hohen politischen Preis zu bezahlen. Man ist dabei soweit gekommen, daß die Entlassung der Kriegsverbrecher zu einer aktuellen politischen Forderung werden konnte!

Zugleich hat sich der Einfluß früherer Nazis im Bonner Außenamt ständig verstärkt. Dies dürfte wohl damit zusammenhängen, daß die gegenwärtige Außenpolitik der atlantischen Staaten wesentliche Züge von *allerdings nur technischem Charakter mit Hitlers Konzeption teilt*. Auch Hitler's Programm ging dahin, sich mit den angelsächsischen Mächten zu verständigen, — im Bunde mit ihnen eine Europa und die westliche Welt umfassende große politische Kräftegruppierung zu bilden und die gewaltigen Kräfte einer solchen Koalition gegen die östlichen Völker mobil zu machen. Es ist daher wohl verständlich, wenn zur Durchführung der technisch ähnlichen heutigen Mobilmachung entsprechend geschulte Kräfte herangezogen werden.

Andererseits ist klar, daß die Heranziehung solcher Kräfte in mehr oder minder führende Positionen zu schweren politischen und moralischen Problemen Anlaß geben muß. An ihre Lösung ist nur dann zu denken, wenn nicht versäumt wird, mit allem Nachdruck auf den grundlegenden politischen und moralischen Unterschied zwischen der atlantischen Konzeption und der Hitler's zu bestehen!

Politisch liegt der Unterschied darin, daß die atlantische Allianz ein Defensivbündnis zur Erhaltung des Friedens sein soll, während Hitler und der mit ihm verbündete extreme deutsche Nationalismus eine Koalition mit aggressiven und repressiven Zielen anstrebte. Moralisch liegt der Unterschied darin, daß die atlantische Völkergemeinschaft eine freiwillige, als gerecht empfundene Schlichtung der zwischen den Völkern stehenden Streitfragen erstrebt, während Hitler im Bunde mit den extremen Nationalisten durch skrupellosen Einsatz militärischer Übermacht gewirkt — und eine äußerst ungerechte Ordnung aufgerichtet hat.

Wenn dieser Unterschied nicht ständig unterstrichen, — und seine Einhaltung nicht unerbittlich überwacht wird, ist seine fortschreitende Verwischung, und damit die politische und moralische Degradation der atlantischen Idee unvermeidlich! Es ist für niemand ein Geheimnis, daß das Interesse des extremen Nationalismus an der Aufrüstung erst in zweiter Linie aus seinem Bedürfnis nach Sicherheit vor Angriffen fließt. In erster Linie entspringt es der Absicht, sich einer möglichst starken Rüstung als außenpolitischen Druckmittels zu bedienen. An eine Erfüllung dieser Absicht ist nur dann zu denken, wenn die Aufrüstung des Westens sich nicht auf die Erzielung eines Kräftegleichgewichts mit der gegnerischen Seite beschränkt, sondern ein möglichst entscheidendes Übergewicht der Rüstung des Westens erstrebt.

Darum werden Menschen jener Haltung nie bereit sein, sich mit einem für defensive Zwecke ausreichenden Zustand des Kräftegleichgewichts zufrieden zu geben. Sie werden stets darauf bedacht sein, das jeweils erreichte Kräfteverhältnis in zu ungünstigem Lichte erscheinen zu lassen, um einer fortgesetzten Steigerung der Rüstung